

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

100 % sozial - Bundesparteitag

Im Vorfeld des Dresdener Bundesparteitags mühten sich die bürgerlichen Medien, mit viel Theaterdonner einen Konflikt um die Haltung unserer Partei zum Euro heraufzubeschwören. Diese dramaturgische Vorgabe haben wir enttäuscht.

Währungspolitische Fragen standen eindeutig nicht im Mittelpunkt des Parteitags. Die Mehrheit der Delegierten war sich darin einig, dass eine Rückkehr zu einem nationalen Währungssystem keine Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Deutschland bewirken würde. Weil wir uns nicht an ihr Drehbuch hielten und auch sonst keine heftigen Zwigigkeiten aufkommen wollten, moserten die Medien am Sonnabend beleidigt, der Parteitag sei ziemlich langweilig.

Zur Euro-Frage beschlossen die Delegierten, dem Entwurf des Parteivorstands zu folgen, demzufolge das Euro-Währungssystem schwere Konstruktionsfehler aufweist, die dringend behoben werden müssen, um zu einem demokratisierten Europa der Bürgerinnen und Bürger mit hohen sozialen Standards und einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen.

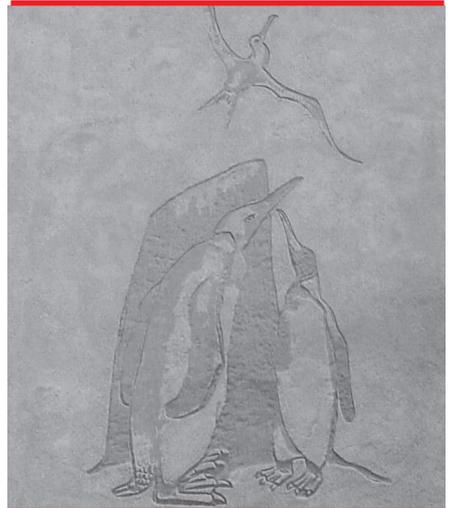
Sollte der Euro scheitern, dann trägt dafür die zerstörerische, dem europäischen Solidaritätsgedanken zuwiderlaufende Austeritätspolitik der Merkel-Troika gegenüber den südlichen Euro-Ländern die politische Verantwortung. Diese gnadenlose Politik des Sozialkahlschlags und der Privatisierung öffentlichen Eigentums zugunsten von fünf Großbanken und ihrer Aktionär_innen muss sofort beendet werden. Sie schadet nicht „nur“ den meisten Bürger_innen der südlichen Euro-Länder, sondern auch uns, weil unsere Volkswirtschaft stark exportorientiert ist und 60 Prozent der deutschen Exporte mit anderen EU-Staaten abgewickelt werden.

Für deutlich mehr Diskussionsstoff sorgten mehrere Änderungsanträge zum Wahlprogramm vorschlag des Parteivorstands, die forderten, unsere Mindestlohnforderung von aktuell 10 Euro auf 12 oder sogar 14 Euro anzuheben. Dafür fand sich letztlich keine Mehrheit, es bleibt bei unserer Forderung nach 10 Euro, wobei wir eine möglichst schnelle Erhöhung auf 12 Euro anstreben, da eine Vollzeitbeschäftigte mit einem Stundenlohn von 10 Euro noch immer knapp unterhalb der nationalen Armutsgrenze lebt.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des BilderRätsels der letzten Ausgabe

Seite 5

Zitiert ...

„Die Welt ist ein schöner Ort und wert, dass man um sie kämpft.“

Ernest Hemingway (1899-1961)

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Darüber hinaus beschloss der Parteitag, dass wir eine höhere Besteuerung von großen Einkommen und Vermögen, die Anhebung des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes auf 500 Euro, eine sanktionsfreie Mindestsicherung, eine Mindestrente von 1.050 Euro monatlich, ein sofortiges Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und ein Verbot der Produktion und des Exports von Rüstungsgütern durchsetzen wollen.

Die LINKE ist und bleibt damit die einzige demokratische, soziale und antimilitaristische Kraft im Bundestag, die sich dem destruktiven, auf die Vernichtung der von der Arbeiter_innenbewegung in langen Kämpfen erstrittenen sozialen Rechte abzielenden Politik des neoliberal-militaristischen Einparteienblocks von CDU/CSU/FDP/GRÜNE/SPD konsequent entgegenstellt.

Wir brauchen ein zweistelliges Wahlergebnis und ich denke, dass wir das auch schaffen können, schließlich werden unsere sozial- und friedenspolitischen Kernforderungen von der Mehrheit der Bürger_innen unterstützt. Diese Mehrheit müssen wir in den kommenden Wochen auf den Straßen und Plätzen mit unserem Programm in Kontakt bringen, damit sie versteht, dass allein wir es sind, die ihre legitimen Interessen im Bundestag vertreten. Dass DIE LINKE dazu nicht zwingend mitregieren muss, haben wir in den letzten Jahren bewiesen. Auch eine starke linke Opposition vermag so manches in die richtige Richtung zu bewegen.

Und die Bedeutung unseres guten Abschneidens bei der Bundestagswahl reicht weit über die Grenzen Deutsch-

lands hinaus. Die deutsche Linke trägt eine große Verantwortung, weil sie im politischen Kernland des sozialräuberischen Troika-Neoliberalismus, im „Herzen des Systems“ agiert, wie uns die Genossin Marisa Matias vom portugiesischen Links-

block in ihrer Gastrede eindringlich vermittelte. Je stärker die Linke in Deutschland innerhalb und außerhalb der Parlamente werde, desto stärker werde auch der Widerstand gegen die Politik der Troika und für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa der Bürgerinnen und Bürger.

*Alexander Fröhlich
Blankenfelde*

Kandidaten zur Bundestagswahl 2013, Landesliste Brandenburg:

- Listenplatz 1, Diana Golze (95,1%)
- Listenplatz 2, Thomas Nord (81,7%)
- Listenplatz 3, Dr. Kirsten Tackmann (95,2%)
- Listenplatz 4, Harald Petzold (48,1%)
- Listenplatz 5, Birgit Wöllert (74%)
- Listenplatz 6, Norbert Müller (51,9%)
- Listenplatz 7, Sabine Stüber (68,3%)
- Listenplatz 8, Steffen Kühne (92%)
- Listenplatz 9, Jutta Vogel (89%)
- Listenplatz 10, Matthias Mnich(99%)



Die Brandenburger Kandidaten

Sandsäcke gefüllt

Mit meiner Landtagskollegin Carolin Steinmetzer-Mann und Matthias Mnich, Rechtsanwalt und Direktkandidat für DIE LINKE im dortigen Bundestagswahlkreis, waren wir an den Hochwasser-Brennpunkten in und um Herzberg an der Schwarzen Elster. In der Nacht zuvor mussten der Bürgermeister, Herr Oecknigk, und viele Helfer zum Deichalarm und bis morgens um 2 Uhr wurden Sandsäcke geschleppt.

Große Unterstützung gab es auch von der Holzdorfer Bundeswehr.



Mit Big Bags wurden an besonders sensiblen Stellen, die mit Landtechnik schwer zu erreichen sind, die Deiche gestützt. Und dann ging es selbst zum Sandsackschippen. Für alle Helfer brachten wir Getränke, Wassermelonen und Würstchen



mit und wir wurden ganz herzlich aufgenommen. Nach der ersten Stunde Sandsackschippen wussten wir auch warum: Jeder Helfer wird gebraucht und ist gern gesehen!

Wir sind in Gedanken bei euch, liebe Herzberger, und wünschen euch viel Kraft und Zuversicht bei den Aufräumarbeiten.

Kornelia Wehlan

Auf ein Wort mit Dagmar, Matthias und Petra

Bericht über das diesjährige Neumitgliedertreffen vom 31.05.-02.06.2013

Als eines von 1.300 Neumitgliedern 2013 durfte ich zusammen mit weiteren 31 ausgewählten GenossInnen aus ganz Deutschland am diesjährigen Neumitgliedertreffen in Berlin teilnehmen. Das Treffen fand zeitgleich zum „Fest der Linken“ in der Bundesgeschäftsstelle statt. Zuvor checkte ich im Hotel „Motel One“ am Alexanderplatz ein und lernte so bereits meine Zimmergenossin – ebenfalls aus Brandenburg – kennen.

Für den Abend standen zunächst eine allgemeine Vorstellungsrunde und ein Workshop auf dem Programm, in dem wir Fragen und Diskussions-themen für die folgenden zwei Tage erarbeiteten.

Mein Samstag startete recht früh, denn für 9 Uhr war das erste Gespräch mit Matthias Höhn angesetzt. Hauptinhalte dieses Gesprächs waren Fragen zur Partei und ob seiner Funktion als Wahlkampfleiter auch zum diesjährigen Bundestagswahlkampf. Zum Thema Mitgliedergewinnung nahm ich für mich die Information mit, dass der Bereich der Nichtwähler eine große Herausforderung bleibt und nur durch eine stetige Betreuung über einen längeren Zeitraum mobilisierbar ist. Zudem sollte während des Wahlkampfes vor Ort und auf der Straße die Chance genutzt werden, die potenziellen Wähler darüber zu informieren, welchen Nutzen sie persönlich davon haben, DIE LINKE zu wählen.

Nach den knapp zwei Stunden Diskussion sahen wir kurze Ausschnitte zur Geschichte des Karl-Liebknecht-Hauses (dem Ort der Parteizentrale) sowie des Rosa-Luxemburg-Platzes; ein Zusammenschnitt des Films „Berlin – Ecke Volksbühne“. Bei nächster Gelegenheit werde ich den Film unbedingt nochmal in voller Länge ansehen.

Nach diesem prall gefüllten Vormittag gab es ein leckeres Mittagessen-Bufferet zur Stärkung und anschließend

Freizeit, um das „Fest der LINKEN“ zu besuchen. Während dieser Zeit entstand das beigefügte Bild der Neumitglieder auf den Treppen der Volksbühne inklusive kleiner Karl-Marx-Figuren. Der Nachmittag ließ dann auch genügend Zeit, den zahlreichen Interviews zuzuhören, wie bspw. „Schule ohne Rassismus“ mit Schülerinnen der Gebrüder-Montgolfier-Schule und Gregor Gysi (zu dessen Schulzeit diese Schule noch keinen Namen trug). Man konnte sich auch



Neumitgliedertreffen in Berlin

einfach bei musikalischer Begleitung treiben lassen.

Für den Sonntag und bereits schon letzten Tag dieses Treffens waren Gespräche mit Petra Pau und Dagmar Enkelmann geplant. An dieser Stelle sei ein dickes Lob an Petra ausgesprochen, denn trotz ihrer Stimmenerkrankung sprach sie ununterbrochen – und was sie sagte, hatte es in sich. Als LINKE-Obfrau des NSU-Untersuchungsausschusses zog sie eine Zwischenbilanz zur NSU-Mordserie: Neben dem Versagen des Rechtsstaates, dessen Aufgabe es ist, die Bürger vor Straftaten zu schützen, sei die militante Nazi-Szene lange Zeit und noch heute unterschätzt. Darüber hinaus trugen die Ermittlungen, da sie sich auf die Opfer der Mordserien konzentrierten, rassistische Züge. So wurde bei den Anschlägen ein rassistischer Hintergrund – falls überhaupt vermutet – nicht weiter verfolgt, denn dieser passe nicht ins deutsche Gesamtbild. Zudem führen die Ge-

heimdienste aus ihrer Sicht ein Eigenleben, was sich darin zeigte, dass die zahlreich vorliegenden Informationen zum Nazi-Trio durch den Geheimdienst nicht verwendet wurden. Letztlich habe auch die vierte Macht – die Medien und öffentliche Meinungsbildung – an dieser Stelle klar versagt, da sie staatsnah und opferfern berichteten, somit dem Bürger ein neutrales und unabhängiges Bild verwehrt und vor allem eine öffentliche Debatte über den Rassismus in Deutschland nicht ermöglicht habe. Es bleibt also zu hoffen – oder besser hart daran zu arbeiten –, dass diese Debatte geführt wird und die Gefahr von Rechts offen angesprochen wird.

Dagmar berichtete anschließend über ihre Arbeit als Parlamentarische Geschäftsführerin und griff das Thema Wahlkampf erneut auf. Sie erläuterte, dass kommunale Themen wie Kita-Plätze, Nachtflugverbot, Erneuerbare Energien und Lehrer-Stellen gut geeignet seien, die Forderungen der LINKEN darzustellen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Nach diesen Gesprächen schloss sich ein Ausflug zum Bundestag an, auf dem wir Einblick in den Fraktionssaal der LINKEN bekamen. Der Plenarsaal blieb uns zwar verwehrt – hier fand am Sonntag ja auch keine Sitzung statt – dafür sahen wir Werke von Künstlern der alliierten Besatzungsmächte, darunter sehr bemerkenswert: „Leben über alles“ von Grisha Bruskin und „Archiv der deutschen Abgeordneten“ von Christian Boltanski.

Alles in allem brachte der 48-h-Neumitgliedermarathon sehr viel Spaß und Abwechslung, nicht nur weil so viele unterschiedliche Menschen zusammenkamen (und zwei davon sich auch fanden), sondern auch weil ein sehr informatives und unterhaltsames Wochenende hinter mir lag. Bleibt nur DANKE zu sagen, dass ich an diesem Treffen teilnehmen durfte.

Anne Loy, Zossen

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Christa Zernick

Christa: *Elli, Du bist mit 84 Jahren immer noch aktives Mitglied Eurer Basisgruppe Zossen/Wünsdorf, beteiligst Dich, soweit es gesundheitlich möglich ist, an ihrer Arbeit, hast einen klaren Blick und Standpunkt und äußerst Deine Meinung offen und geradezu. So bist Du uns vor allem in Zossen seit vielen Jahren bekannt. Heute möchte ich Dich unseren Lesern im gesamten Kreis Teltow-Fläming vorstellen. Einverstanden?*

Elli: Ja. Geboren in Baruth im eiskalten Januar 1929, der Vater arbeitslos – das waren meine „Startbedingungen“. Unsere Familie vergrößerte sich, so dass ich dann als Älteste von sieben Geschwistern Erzieherin von kleinauf war. Wir hatten etwas Landwirtschaft mit Acker, einer Kuh, Schweinen, Gänsen usw. – es war für uns alle ein hartes und arbeitsreiches Leben. Von der 1. bis zur 6. Klasse besuchte ich die Grundschule in Baruth, danach vier Jahre die Aufbauschule.

Christa: *Gibt es aus Deiner Kindheit besondere Erinnerungen?*

Elli: Ja, ich habe schon immer gerne gelesen. Bei uns zu Hause gab es keine Bücher; so war der Fortsetzungsroman aus dem „Baruther Anzeiger“ meine erste Bekanntschaft mit Literatur. Dieser Leidenschaft, dem Lesen, bin ich mein Leben lang treu geblieben, bis heute.

Christa: *Du hast 1945 die Schule beendet. Wie ging es weiter?*

Elli: Ich habe in einem Lehrerhaushalt in Petkus mein damals für Mädchen verordnetes Pflichtjahr gemacht, danach dort Verwundete gepflegt und wieder zu Hause in der Landwirtschaft gearbeitet. Dann folgte ich dem Aufruf zur Bewerbung als Neulehrer, wurde sechs Monate in Cottbus ausgebildet und begann an der Grundschule in



Elli Bartel

Lynow mein Berufsleben. Die weiteren Stationen waren Kemnitz (bei Luckenwalde), Züllichendorf, Dümde und Zossen. Hier habe ich an der Goetheschule 25 Jahre als Unterstufenlehrerin, danach zehn Jahre als Hortnerin gearbeitet bis zum Renteneintritt im Januar 1989.

Meine erste und zweite Lehrprüfung als Unterstufenlehrerin habe ich – wie wir Neulehrer alle – neben der Arbeit gemacht.

Christa: *1946 bist Du Mitglied der FDJ geworden. Was war der äußere Anlass?*

Elli: Du wirst lachen – weil ich tanzen wollte. Das Zusammensein ging dann über den Tanz hinaus, andere gemeinsame Erlebnisse folgten. Wir suchten neue Inhalte und wir erkannten, dass nur ein Leben in Frieden und Völkerfreundschaft erstrebenswert ist. Wir waren gewillt, dafür zu arbeiten. So wurde ich 1950 Kandidat, 1952 Mitglied der SED.

Christa: *Sicher hattest Du auch Funktionen?*

Elli: Im Laufe der Jahre sehr viele, ich kann sie gar nicht alle aufzählen. Hier nur einige: Leiter des FDJ-Studienjah-

res und des FDJ-Berufsschulaktivs, stellvertretende DFD-Gruppenvorsitzende, Parteisekretär im Wohngebiet, Stadtverordnete in Zossen, auch noch von 1991 bis 2003.

Christa: *Und Deine Familie?*

Elli: Mein Mann und ich haben drei Kinder – sie wuchsen auf wie alle anderen in Krippe, Kindergarten und Schule, lernten einen Beruf und fanden ihren Weg.

Christa: *Du lebst jetzt im Seniorenpark in Nächst-Neuendorf. Wie geht es Dir?*

Elli: Gut – ich fühle mich hier wohl, nutze verschiedene Möglichkeiten, habe viele Kontakte und Begegnungen, lese viel und beschäftige mich mit den sechs Enkeln.

Christa: *Was wünschst Du Dir und Deinen Lieben?*

Elli: Frieden, Arbeit, Gesundheit; so kann man es zusammenfassen.

Christa: *Ich danke Dir für dieses Gespräch und wünsche Dir weiterhin alles Gute und persönliches Wohlergehen.*



Clara Zetkin, 5. Juli 1857 - 20. Juni 1933

Clara Zetkin trug von allem Anfang an dazu bei, auch die Frauen als Teil der internationalen sozialen Bewegung zu begreifen und sie für den Sozialismus als eine gerechte Gesellschaft und irdisches Ziel zu gewinnen. „Die Frau wurde durch wirtschaftliche Umstände in Verbindung mit der Mutterschaft das erste Eigentum des Mannes“, argumentierte sie. „Sie ist in seinem Bewusstsein das letzte Eigentum geblieben, von dem er erklärt: ‚Mein, mein, mein!‘ Das Herrenbewusstsein des Mannes, die Geringschätzung der Frau, hat älteste und tiefste Wurzeln.“ Die vorurteilsfreie Einstellung zum weiblichen Geschlecht sei „ein Prüfstein für die Reife und Klarheit der kommunistischen Überzeugung des Einzelnen.“ Auch in den Reihen der Kommunisten sei das alte Vorurteil längst nicht völlig überwunden. „Ich spreche das offen aus“, denn nichts wäre verderblicher als „eine Täuschung unserer selbst darüber“. Was Frauen in die sozialistische Bewegung einzubringen haben, seien „die reichen Springquellen geistiger und sittlicher Werte“, die in den Frauen „unterirdisch rauschen, ungekannt und ungenützt“.

„Als ich meine Berliner Freundinnen aufforderte“, sagte Clara Zetkin vor Frauenaktivistinnen zu Beginn der zwanziger Jahre in Moskau, „auf der Zweiten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Frauen in Kopenhagen 1910 einen Antrag einzubringen, der die Einführung eines internationalen

Frauentags festlegte, so tat ich das mit der bestimmten klaren Absicht, einen revolutionären Mobilisationstag großer werktätiger Frauenmassen gegen die bürgerliche Gesellschaft zu schaffen ... gegen die zunehmende Entartung der Sozialdemokratie zur sanften Reformpartei.“ Weiter argumentierte sie: „Es war augenscheinlich für uns Linke, dass der 1. Mai, der von dem Gründungskongress der II. Internationale als revolutionäre Kundgebung beschlossen worden war, mehr und mehr von seinem ursprünglichen Sinne verlor, dass er mehr und mehr ein harmloser Feiertag wurde.“ Clara Zetkin hoffte, „dieser Verflachung und Versimplung aus dem weiblichen Proletariat aller Länder eine kraftvolle revolutionäre Demonstration entgegen stellen zu können, die ihrerseits belebend, erfrischend auf die Maifeier zurückwirken sollte“.

Clara Zetkin wollte die Sozialistinnen der ganzen Welt als eine Macht mit klarem, grundsätzlichem Bekenntnis sammeln. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand im März 1915 in Bern eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt. Das Friedensmanifest von Bern erarbeiteten die Sozialistinnen der kriegführenden und neutralen Länder unter schwierigsten illegalen Bedingungen und teils ohne Mandate ihrer eigenen Parteivorstände. „Es wird der Stolz und die Ehre der revolutionären Frauen bleiben, dass sie allen mit einer internationalen Kundgebung gegen den Krieg und für die Revolution vorangegangen sind,

der Jugend, die ihnen bald folgte, und den erwachsenen Männern, die sich natürlich bedächtiger, politisch klüger und weiser dünkten als wir dummen Frauen, und die daher als letzte hinter uns herhinkten.“

Clara Zetkin erkannte, dass Produktionsverhältnisse immer auch Geschlechterverhältnisse sind. Das deutlich benennend, warb sie um die Frauen, die „politisch zu erwachen begannen“, sich gleichberechtigt an dem weltweiten sozialen Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu beteiligen. „Das Schicksal der einzelnen werktätigen Frau wird letzten Endes nicht bestimmt durch ihre Tugenden oder ihre Laster“, rief sie den Frauen zu. „Nein, es entscheidet sich ... nach der Klassenlage“.

Unvergessen bleibt Clara Zetkins couragierte Eröffnungsrede als Alterspräsidentin vor dem Deutschen Reichstag am 30. August 1932, in dem die NSDAP-Abgeordneten in ihren Uniformen lautstark dominierten. Das Gebot der Stunde sei die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, erklärte sie. „Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesseln und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“ Clara Zetkins Grab befindet sich an der Kremelmauer in Moskau. 600.000 Menschen gaben ihr das letzte Geleit.

Marga Voigt, Berlin

Auflösung BilderRätsel



Das Bild zeigt das Denkmal im Zentralen Ehrenhain am Luckenwalder Stadtpark.

Der 1929 als Sohn eines KPD-Funktionärs in Merseburg geborene Kurt-Hermann Kühn gestaltete es in Erinnerung an die Opfer des Faschismus und die Gefangenen des

Kriegsgefangenenlagers Stalag III A bei Luckenwalde. 1979 wurde es an diesem Platz eingeweiht.

Jedes Jahr am 8. Mai gedenken Mitglieder der Luckenwalder LINKEN und Sympathisanten an diesem Ort der Opfer des Faschismus. <

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Dresden war ein Stück Aufbruch

Die Medien benutzten auffallend häufig Vokabeln wie „Ruhe“, „Geschlossenheit“ und „Harmonie“ – zuweilen lief der Tenor der Berichte auf „Langeweile“ hinaus.

Natürlich freut es mich, dass wir Zerrissenheit und Streit von Göttingen hinter uns gelassen und in Dresden konstruktiv und besonnen gearbeitet haben. Aber „langweilig“ war es doch beim besten Willen nicht. Niemand käme auf die Idee, den Wert eines Fußballspiels an der Anzahl roter Karten zu messen. Warum also bei uns? Was für ein Bild gaben wir ab?

Nach fast 15 Stunden Debatte, am frühen Sonntagmorgen um 0.15 Uhr war es geschafft: Das beste Wahlprogramm aller Parteien war beschlossene Sache. Das Ergebnis ist kein Vorteil für die eine oder andere Strömung der Partei, es ist kein Kompromiss um des inneren Friedens willen.

Was unser Programm „100 Prozent sozial“ aber ist – ein Angebot an Bürgerinnen und Bürger, ein Angebot, das sich an ihren realen Lebensverhältnissen orientiert und konkrete Forderungen aufmacht. Ein Angebot für die große Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

Kein Wolkenkuckucksheim, sondern machbar. Dieses „Machbar“ wird uns in den kommenden Wochen tragen. DIE LINKE hat mit ihrem Wahlprogramm bewiesen: Wir sind die Partei für den Alltag. Wahlgeschenke sind das Ding von Frau Merkel, Rührseligkeit das Ding von Herrn Steinbrück. Soziale Gerechtigkeit aber ist unser Ding. Wir können stolz sein auf das, was wir in Dresden erreicht haben.

Und wenn wir uns auf dieses Programm in Ruhe und Geschlossenheit geeinigt haben, dann ist das gut und nicht langweilig! Dann ist das ein Zeichen nach innen und nach außen, dass wir verstanden haben: In der Ruhe liegt die Kraft und nicht im selbstzerstörerischen Gegeneinander! So sind wir attraktiv. So sind wir erfolgreich,

und nur so sind wir glaubwürdig.

Es war schön, am Sonntag die Stimmung beim Aufbruch der Delegierten in ihre Heimatregionen zu spüren. Ja, es war eine Aufbruchsstimmung – ohne Niederlagen, ohne Opfer, ohne Verletzungen sind wir nun 100 Prozent vor Ort für das beste Wahlprogramm aller Parteien: 100 Prozent sozial!

„Sozialismus geht nur demokratisch oder es ist keiner“

Dieser Satz überschreibt die Erklärung unserer Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni.

Am 17. Juni 1953 kam es in der DDR zu Massenstreiks und Massendemonstrationen, an denen vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligt waren. Aus einem Protest gegen die schlechte Versorgungslage, gegen übersteigerten Leistungsdruck und Lohndrückerei wurde eine Manifestation bis hin zur Forderung nach freien Wahlen, Meinungsfreiheit und einer gerechten Versorgung der Bevölkerung. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter fanden den Mut für diesen letzten großen politischen Streik der Nachkriegszeit. Der Aufstand wurde



blutig unterdrückt, und die Eskalation der Gewalt forderte viele Opfer. Viele, die ein besseres Deutschland wollten, waren um eine Hoffnung beraubt. Die Opfer mahnen uns: Sozialismus geht nur demokratisch oder es ist keiner.

Für LINKS im Amt

341 Personen (107 Frauen und 234 Männer) sind aktuell in gewählten Verwaltungsfunktionen von Städten, Gemeinden und Landkreisen aufgrund eines Wahlvorschlages bzw. mit Unterstützung der LINKEN tätig.

Außerdem stellen die LINKEN oder linke Listen mehr als 6.500 ehrenamtliche Mandate in kommunalen Vertretungen – zum Beispiel in Ortsteil-Beiräten, Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen, Kreistagen oder Regionalversammlungen. <

Lesung mit Jan Korte

„Geh doch rüber“, ob Jan die Aufforderung wirklich zu hören bekam, weiß ich nicht. Aus seinem Buch mit diesem Titel las er im Kulturquartier in Jüterbog auf unnachahmliche Weise.

Die Anwesenden erfuhren von heiteren und nachdenklichen Episoden der Wahlkreisarbeit von Jan, der als Genosse aus dem Westen nach Sachsen-Anhalt umzog, sich dort zu Hause fühlt.

Ob „Bulli“ oder „B 1000“, die

Aussprache seines Namens oder die Anfangszeiten von Versammlungen zeigten Unterschiede auf, die auch zum Schmunzeln verleiteten.

Am Ende des gelungenen Wahlkampfauftaktes gab es die Möglichkeit, „Geh doch rüber“ zu kaufen und sich mit Jan zu unterhalten.

Es lohnt sich, alle Geschichten zu lesen.

Petra Haase,
Jüterbog

Ein besonderer, etwas anderer Weg durch Zossen

Am Abend des diesjährigen 8. Mai führte, organisiert durch die Amadeo Antonio-Stiftung im Rahmen des Projektes „2013 – Zossen erinnert – an 1933 und die Folgen“ ein künstlerischer Stadtrundgang durch Zossen.

Es begann für uns Teilnehmer mit einem Schritt durch große leuchtend rote Vorhänge (sie waren über Stangen gespannt) auf den Platz mit den zwei so unterschiedlichen Denkmälern – dem Kriegerdenkmal und dem Sowjetischen Ehrenmal.

Weiter ging der Weg zum Marktplatz zu den Stolpersteinen für die ermordete jüdische Familie Falk, wo ihrer in sehr würdiger Weise gedacht wurde.

Die Worte des alten Zossener Bürgers Konrad Schultze über das

frühere Leben auf diesem Platz fanden große Aufmerksamkeit.

Die nächste Station auf diesem Weg war der Platz unter der 1817 gepflanzten Friedenseiche an der Kirche neben der alten Schule. Hier befindet sich seit DDR-Zeiten eine Gedenktafel für in Zossen misshandelte und ins KZ Oranienburg verschleppte Antifaschisten. Namentlich waren schon damals viele von ihnen bekannt; später nach der Wende erforschte eine Gruppe Schüler weitere Namen. Sie wurde von Frau Haase, Leiterin des Zossener Schulmuseums, Frau Leszynski, Leiterin der Zossener Stadtbibliothek, und Herrn Kurt Liebau, Indienwissenschaftler, dabei angeleitet, beraten und betreut.

Listen mit über 30 Namen wurden vor einigen Jahren dort ange-

bracht. Alle bekannten Namen werden später auf einer zweiten Gedenktafel erscheinen.

Die Namen wurden feierlich verlesen, erschienen auch auf langen Spruchbändern. Es wurde auf diesem Weg viel gesungen, Bekanntes und Unbekanntes. So erklang z. B: Brechts „Friedenslied“ – wir hörten die bekannten Worte „Friede auf unserer Erde, Friede auf unserem Feld ...“ - viele von uns sangen mit.

Beendet wurde der Weg im Stadtpark am VVN-Gedenkstein mit singenden Kindern, mit kurzen Dankesworten und abschließender Würdigung an alle Mitwirkenden.

*Christa Zernick
Am Mellensee*

Gedenken - und immer wieder Gedenken!

Gedenken an Rosa Luxemburg

Am Sonnabend, dem 15. Juni, trafen wir uns in Wünsdorf – Genossen der Basisorganisationen der Partei DIE LINKE aus Zossen, Am Mellensee, Mahlow und Blankenfelde – zu ehrendem Gedenken an Rosa Luxemburg. Hierher, in das ehemalige Militär-Lazarett Wünsdorf hatte man ihren Leichnam gebracht, nachdem man ihn im Juni 1919 aus dem Landwehrkanal gezogen hatte. Eine bescheidene Gedenktafel erinnert daran.

Steffen Kühne, Direktkandidat unserer Partei zur Bundestagswahl, sprach ehrende Worte zum Gedenken an diese tapfere, von ihren Freunden und Genossen verehrte und geliebte, von Gegnern und Feinden gehasste Frau.

Ein Gesteck mit roten Schleifen und Nelken wurde niedergelegt – schweigend standen wir alle.

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist im-

„Die rote Rosa nun auch verschwand.
Wo sie liegt ist unbekannt.
Weil sie den Armen die Wahrheit gesagt,
haben die Reichen sie aus der Welt gejagt.“
Bertolt Brecht

mer Freiheit der Andersdenkenden.“

Das schrieb Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“.

Dieses Wort war Gegenstand einer anschließenden Vortrags- und Diskussionsrunde im Bücherstall Wünsdorf Waldstadt. Steffen Kühne, der Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist, sprach zum Thema. Es wurde deutlich, dass dieses Problem

eine Grundfrage ist, nicht für einmal endgültig gelöst ist, sondern ständig in Theorie und Praxis gelebt und verwirklicht werden muss. Differenzierte und vielfältige Meinungen und Erfahrungen dazu wurden in der Diskussion geäußert. Sie bezogen sich auch auf unser aktuelles Wirken, unsere Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit – jetzt besonders im Wahlkampf. Dazu gab es auch konkrete Vorschläge.

Anschließend möchte ich den Genossen der Basisorganisation Zossen/Wünsdorf danken für ihre Aktivitäten zur Ehrung Rosa Luxemburgs, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass sie Geld sammeln für eine Stele und dass sie erreicht haben, dass es heute in Wünsdorf eine Rosa-Luxemburg-Straße gibt.

*Christa Zernick,
Am Mellensee*

Mit Kloß im Hals und Wut im Bauch

Durch das „neue deutschland“ („nd“) wurden wir aufmerksam auf den Aufenthalt des „Zuges der Erinnerung“ vom 1. bis 4. Juni 2013 auf drei Berliner Bahnhöfen.

In alten zu einem Ausstellungszweck innen umgebauten Personenzugwaggons erinnern die Initiatoren an Kindertransporte vor 70 Jahren. Im KZ Westerbork (Niederlande) wurden 1943 Kinder von Juden, Sinti, Roma „gesammelt“, um sie dann unter SS-„Begleitung“ auf eine dreitägige Fahrt in Güterwaggons ins Vernichtungslager Sobibor (Polen) zu schicken. Dort wurden diese Kinder noch am Ankunftstag von SS-Offizieren vergast. Von diesen Kindertransporten hat niemand überlebt.

Die Initiatoren des „Zuges der Erinnerung“ wollten uns heute Lebenden die Möglichkeit geben, uns 70 Jahre nach diesem Massenmord an Kindern von ihnen zu verabschieden, zu zeigen, dass diese grausamen Verbrechen

nicht vergessen sind. An Foto- und Filmdokumenten wird gezeigt, wie jung die Kinder waren, es hätten unsere Klassen- oder Spielkameraden sein können. Aber auch die Täter werden genannt – mit Foto und Lebenslauf bis 1945 und danach. Kopfschütteln und Unverständnis löste bei einer Gruppe Jugendlicher die Tatsache aus, dass ein hoher SS-Offizier, Stellvertreter von Himmler, „Begleiter“ dieser Kindertransporte, nach 1945 ungeschoren davorkommen konnte und seine „Erinnerungen“ an diese Zeit in der BRD (alt) veröffentlichen durfte. „Welche Erinnerungen?“, fragten die Jugendlichen – eine kluge Frage.

Während die Initiatoren des „Zuges der Erinnerung“ anlässlich des 70. Jahrestages dieser Verbrechen uns diese bewusst machen wollen, dieser Kinder, die eigentlich ihr Leben noch vor sich hatten, gedenken wollen, hat die Deutsche Bahn AG ganz andere Sorgen. Schon bei der vorangegangenen

Aktion des „Zuges der Erinnerung“ ließ sie sich die Nutzung des Schienennetzes mit 40.000 Euro bezahlen. Für die jetzige Streckennutzung Westerbork – Sobibor verlangt sie über 10.000 Euro.

Die Deutsche Reichsbahn hat bis 1945 kräftig an den todbringenden Transporten in die KZ verdient, auch an den Kindertransporten. Die Deutsche Bahn AG als Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn verdient nun 70 Jahre später an der „Erinnerung“. Die Initiatoren dieses „Zuges der Erinnerung“ sind auf Spenden angewiesen. Hat die Deutsche Bahn AG als Konzern das nötig, um die Riesengehälter der Vorstands-Etage zahlen zu können bzw. besser an der Börse dazustehen?

Tief beeindruckt verließen wir den „Zug“ – mit Kloß im Hals und Wut im Bauch. (www.facebook.com/Zug.der.Erinnerung)

Ingrid und Ralf Köbke

Korruption

Ein symptomatisches Bild geht mir nicht aus dem Kopf: Bei einem Fußballspiel saß der Bundespräsident neben dem Präsidenten des FC Bayern U. Hoeneß. Da war bereits bekannt, dass Hoeneß Steuerbetrug in ungeahnter Höhe getätigt hatte. Nun kann man dem Bundespräsidenten nichts unterstellen, aber die nachbarschaftliche Nähe als Fußballzuschauer zu diesem Kriminellen hatte doch ein wenig „Geschmäcke“: Je reicher du bist, desto mehr wird ihre Klientel schon dafür sorgen, dass ihm nichts passieren kann.

Da verwundert es schon nicht mehr, wenn ein anderer Mann, der beim Fiskus Schwarzgeldwäsche konkret angezeigt hat, offensichtlich in ein Wespennest gestochen hat, einfach für psychisch krank erklärt und bis jetzt über Jahre weggeschlossen wird. Der Sachverhalt wird nun wie-

der aufgerollt. Diesen Skandal haben einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik und Finanzlobby zu verantworten. Das ist schon peinlich für



Dr. Rudolf Haase

die auch so rechtsstaatlichen Bayern. Ebenfalls im Süden unseres Landes wurden vier Steuerfahnder als para-

noid erklärt und aus dem Staatsdienst entlassen. Sie haben die Aufdeckung von Finanzbetrug zu wörtlich genommen und Millionen Euro Steuerbetrug aufgerollt. Der dabei herangezogene psychologische Gutachter wurde inzwischen wegen bewusster Falschdiagnose rechtskräftig verurteilt. Die zu Unrecht gefeuerten Angestellten wurden aber weder rehabilitiert noch wieder in den Staatsdienst eingestellt.

Man meint, dass solche Vorfälle in unserem Rechtsstaat nicht möglich sind. Aber der Weg zur Bananenrepublik scheint geebnet. Gott sei Dank darf man diese und andere Skandale noch aufdecken und öffentlich machen.

Wie im Großen, so im Kleinen. Bis hin zur Kommune hat man den Eindruck, dass dort einige Beschäftigte vom großen Kuchen etwas absahnen wollen. Offiziell darf man z. B. einem

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Beschäftigten des öffentlichen oder gleichgestellten Dienstes für seine gute Arbeit kein Dankeschön mit einer kleinen Aufmerksamkeit zukommen lassen. Daran hält sich auch die Mehrheit der Bediensteten. Nur einige Mächtigeren und Machtgeile nehmen das nicht so genau. Ein Bürgermeister, der sich einen Kurzurlaub von einem Investor bezahlen lässt und bereits Wiederholungstäter ist und als vorbestraft gilt, schwingt sich immer noch als Großkotz auf, behält sein Amt und seine Parteifunktion. Wegen solch eines „Kavaliersdelikts“

wird gegen ihn noch nicht einmal ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Unter Korruption fällt nach meiner Meinung auch das Weg-Mobben von unliebsamen Angestellten, weil sie zu viel wussten. In der Kreisverwaltung sind gegenwärtig zwei Verfahren wegen solcher Kündigungen anhängig. Auch andere Verfahren wegen Vorteilsnahme im Amt kann man überall feststellen. Andererseits werden Hartz-IV-Bezieher wegen nicht haltbaren Vorwürfen oder kleinen Unkorrektheiten sofort die Bezüge gemindert oder gesperrt.

Neulich unterhielt ich mich mit einem Arbeitnehmer, dem wegen seiner sehr guten Arbeit gekündigt wurde. Er resigniert und wählen geht er schon gar nicht mehr, denn „die da oben machen ja doch, was sie wollen“. Es ist kein Wunder, wenn gerade die Benachteiligten sich von dieser Gesellschaft ausgegrenzt fühlen. Sie erkennen nicht, dass ihnen linke, soziale und gerechte Politik helfen kann. Aber die korrupte Gesellschaft rechnet mit der Politikverdrossenheit der Menschen, denn das ist Kalkül.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Gewerkschaftsforum Teltow-Fläming mit Anita Tack

Am Donnerstag, dem 13. Juni 2013, hat der DGB-Kreisverband TF zum Thema „Gesundheitsvorsorge im Land“, die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Land Brandenburg, ins Kreishaus eingeladen. Vor drei Jahren war Frau Tack zum gleichen Thema gekommen. Diesmal sollte es um Veränderungen des Gesundheitswesens seither in Brandenburg gehen.

Frau Tack berichtete zuerst über die aktuelle Hochwasserlage in Brandenburg und die Folgen für die Betroffenen. Trotzdem sind wir durch die Hochwasserschutzmaßnahmen nach der Oderflut 1997 glimpflich davongekommen. Dürre- und große Nässeperioden wechseln immer schneller als Folge des Klimawandels und es besteht weiterer Handlungsbedarf.

Zum eigentlichen Thema meinte sie, das deutsche Gesundheitswesen sei mangelhaft und dringend reformbedürftig. Der Bund und die Länder stellen aber unterschiedliche Prioritäten auf. Da aber die Bundesregierung etwa 80% diesbezügliche Entscheidungen trifft, bleibt wenig Spielraum für die Länderminister. Frau Tack befürwortet eine große Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, und mehr Angebote für Prävention. Die Kassenärztliche Vereinigung sieht die aktuelle Situa-

tion aber durchaus positiv. Es gäbe eine Auslastung von 110% Haus- und 90% Fachärzten. Das soll aber ab 01.07.2013 neu bewertet werden. Brandenburg hat weiterhin keine eigene medizinische Ausbildung. Eine mündliche Vereinbarung mit der Charité wurde von dieser aufgekündigt. Die Betreuung der elf Lehrkrankenhäuser



in Brandenburg durch die Charite soll aber bald wieder möglich sein.

Auf die Frage, ob die Ablehnung der Fusion mit Berlin durch die Brandenburger sich schädlich auswirkt, beantwortete sie mit einem klaren Nein. Dafür gibt es Vereinbarungen. Zum Beispiel großes Unfallkrankenhaus in Berlin, dafür Reha in Brandenburg. Somit brauchen Brandenburger Kliniken keine komplette Unfallmedizin vorzuhalten. Die Krankenkassen sind für eine gute Gesundheitsvorsorge

verantwortlich, doch der Lobbyismus der Pharmaindustrie verhindert vieles zugunsten größerer Profite.

In Teltow-Fläming bestehen vier Mittelzentren: Jüterbog, Ludwigsfelde, Luckenwalde und Zossen. Die Ausstattung mit Hausärzten lässt noch viele Wünsche offen. Nur Jüterbog ist mit 105% ausreichend versorgt, Ludwigsfelde mit 78% dagegen sehr mangelhaft. Mit etlichen Angeboten versucht Brandenburg weiterhin, junge Mediziner für Landarztpraxen zu interessieren. Unzureichende Infrastruktur ist aber kein hilfreiches Argument. Frau Tack zeigte sich sehr gut informiert und engagiert, aber ihre Möglichkeiten haben enge Grenzen.

Weiterhin wurde besonders über Mängel, die aus dem heutigen Gesundheitssystem resultieren, diskutiert. Doch auch Vor- und Nachteile des DDR-Gesundheitswesens wurden angesprochen.

Es hätte für viele Bürger eine interessante Veranstaltung sein können, doch trotz reichlich Werbung und günstigem Termin haben nur wenige diese Möglichkeit wahrgenommen. Über demokratische Mängel wird oft berechtigt geklagt, andererseits sollten solche Angebote besser genutzt werden.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

In Brandenburg floss Friedensstahl

Die jetzigen Behauptungen der Massenmedien, „der Arbeiteraufstand wurde in der gesamten DDR – teils blutig – niedergeschlagen“, ist eine haltlose Verallgemeinerung.

Um es gleich vorweg zu sagen, im VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg wurde nicht gestreikt.

Vorgeschichte: 1952 – das Angebot seitens der SU: Abschluss eines Friedensvertrages und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wurde rigoros von den USA abgelehnt und besonders vom BRD-Kanzler Adenauer mit den Worten: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“ Das war der Beginn des Kalten Krieges und die Frage: „Wer? – Wen?“ stand auf der Tagesordnung.

Die junge DDR musste verstärkt wirtschaftliche Grundlagen für ihre Existenz schaffen. Dazu wurden im Juli 1952 notwendige Maßnahmen beschlossen, darunter auch die Erhöhung der Arbeitsnormen. Da viele Arbeiter damit nicht einverstanden und überfordert waren, entstanden in den Betrieben kritische Situationen. Diese Lage wurde erkannt und am 11.06.1953 durch die Regierung der „Neue Kurs“ beschlossen und zur Veränderung auch die Normerhöhungen zurückgenommen.

Diese geschilderten Abläufe nutzten die politischen Gegner der DDR, um unsere Einwohner gegen die Regierung aufzuhetzen.

Eberhard Nimz schreibt in seinem Buch „Mein Weg in die Zukunft“:
 „... Im SWB versuchte gleich zu Arbeitsbeginn des 17. Juni eine Gruppe von Bauleuten, die aus anderen Betrieben auf unserem Gelände arbeiteten, die Belegschaftsmitglieder zur Arbeitsniederlegung aufzustacheln. Als wir die Gefahr erkannten und mit allen verfügbaren Genossen in den Einsatz gingen, verließ diese kleine

Gruppe den Betrieb. Es hatte sich indessen eine bestimmte Unruhe im Betrieb auch bei einem Teil der Stahlwerker entwickelt. Wir mischten uns unter die offenbar noch unschlüssigen Werk tätigen und forderten sie auf, im Kultursaal mit uns über die Probleme zu sprechen. Der Betriebsdirektor erläuterte u.a. die Absichten der Provokateure in dieser Situation. Es gelang nach kurzer Zeit, die vorwiegend aus anderen Betrieben kommenden Bauarbeiter und einen Teil der Stahlwerker zur Weiterarbeit zu bewegen. Die Streikversuche waren eindeutig abgewehrt. Als einzelne Provokateure ihre unsichere Situation erkannten, versuchten sie, durch Stromabschaltung den Betrieb lahm zu legen. Entschlossen und schnell wurden sie von uns in Gewahrsam genommen, noch ehe sie Schaden anrichten konnten. Die Stahlwerker erfüllten ihre Arbeitsaufgaben an den SM-Öfen in drei Schichten entsprechend dem technologischen Ablauf.

Unsere Vertreter gingen auch in andere Betriebe und halfen, streikende Arbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen und die Verleumdungen westlicher Massenmedien zu zerschlagen. Der RIAS hatte am Morgen des 17. 6. 53 die Arbeiter mit der Erklärung zum Streik aufgerufen, dass die Brandenburger Stahlwerker an der Spitze der Streikbewegung stünden. Tatsächlich hatten sich durch diese Lüge die Traktorenwerker beeinflussen lassen und die Arbeit niedergelegt. Als sich eine Delegation im Stahlwerk von der Fortsetzung unserer Arbeit und der Lüge des RIAS überzeugen konnte, ging sie zurück und stimmte für die Arbeitsaufnahme im Traktorenwerk.“

Ich selbst war zu dieser Zeit als Sekretärin beim Chef des Produktionsbereiches Stahlwerk - Rudolf Krug - (Vater des Schauspielers Manfred Krug) tätig. An den Verlauf dieses

Tages kann ich mich gut erinnern. Schon auf meinem Arbeitsweg durch die Stadt hatte ich verwundert demonstrierende Menschen gesehen und war gespannt, was im Betrieb geschehen würde.

Am 17. Juni waren bis auf wenige Ausnahmen alle Schmelzer, Kranfahrer, Gießer und Lokfahrer zu ihrem jeweiligen Schichtbeginn erschienen. Nur ein Meister fehlte. Es war eine unbestimmte Unruhe in den Brigaden, da sie von Streikaufrufen gehört und gesehen hatten. Sie sahen die Gelegenheit als günstig an, um auch ihre Probleme darzulegen und Forderungen zu stellen. Dazu erschien dann von der jeweiligen Schicht eine Abordnung beim Stahlwerkchef Krug, der sich verständnisvoll die Sorgen anhörte und zu Papier brachte. Das heißt, ich war dabei und protokollierte. Die Hauptforderungen waren: Durch die körperlich schwere Arbeit benötigten sie mehr Lebensmittel, es gab ja bis 1958 noch Zuteilungen auf Lebensmittelkarten.

Sie verlangten zusätzlich täglich einen halben Liter Milch und wöchentlich einen Würfel Margarine! Außerdem ging es noch um einige Erleichterungen im Arbeitsprozess. Die Forderungen wurden der Gewerkschaft übergeben.

Fazit: Am 17. Juni 1953 gab es keinen Streik im Stahl- und Walzwerk Brandenburg. Die Arbeiter und Angestellten erkannten ihre Verantwortung für die dringend benötigte Stahlproduktion und handelten selbstbewusst.

*Marlis Nimz,
Ludwigsfelde*

Informationen zu Eberhard Nimz und zu seinem Buch „Mein Weg in die Zukunft“ finden Sie im Internet unter: www.erinnerungsbibliothek-ddr.de

Unterwegs mit dem Behindertenverband Jüterbog

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 4. Mai 2013 in Berlin

Bei herrlichem Sonnenschein ging die Post in Richtung Berlin mit einem modernen Fernreisebus ab. Gut gelaunt trafen ca. 50 meist behinderte Frauen und Männer mit oder ohne Rollstuhl gegen 10.00 Uhr am Bundeskanzleramt ein. Gemeinsam mit Gruppen aus Berlin und Brandenburg wollten wir unsere Forderungen lautstark bekunden. Das Motto der Protestdemonstration zum Brandenburger Tor war: „Ich bin entscheidend, ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen!“.

Vertreter des Sozialverbandes Deutschland, Gäste von Behindertenverbänden aus verschiedenen Bundesländern, „Aktion Mensch“ und anderen Gruppen stellten in ihren Beiträgen klar, was sie von der Bundesregierung erwarten und fordern. Auch Gregor Gysi hatte sich als einziger Politiker angekündigt. Wir konnten leider nicht bis zum Ende der Protestaktion warten. Nicht für jeden ist es selbstverständlich, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Behinderte Menschen wollen

in allen Lebensbereichen selbst entscheiden und ihr Leben nach eigenen Wünschen gestalten. Hier liegt in der Bundesrepublik noch vieles im Argen. Für Behinderte sollte gelten: Ich entscheide, wo ich wohne, wer mich im Alter unterstützt, was ich in der Freizeit mache, was ich anziehe, ob ich mich gesellschaftlich engagiere, wo ich Urlaub mache, ob ich mit der Bahn, mit dem Bus oder mit dem Auto zum Ziel komme.

Die Protestdemonstration zeigte deutlich, dass die UNO-Behindertenrechtskonvention noch längst nicht in allen Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir müssen alle helfen, Bedingungen im öffentlichen Leben zu schaffen, die den größten Wunsch aller behinderten Menschen: „Ich will dazugehören, teilhaben am Leben der Nichtbehinderten“, erfüllen helfen. Ich will mobil sein und durch die Stadt und Natur fahren, wann immer ich mich dazu bereit fühle und nicht, wenn andere mal Zeit haben.

Inklusion ist erst dann gelungen,

wenn jeder Mensch in der Gesellschaft akzeptiert wird genau so, wie er ist, weil Unterschiede normal sind. Mit Inklusion wird aus dem Nebeneinander ein Miteinander und ein gemeinsamer Alltag selbstverständlich.

Dieser Aktionstag hat mich persönlich sehr nachdenklich gemacht, weil es noch zu viele Stolpersteine für behinderte Menschen gibt, auch in unserer Region. Machen wir alle die Augen weit auf, um festzustellen, wo es noch Defizite bei der Gleichbehandlung behinderter Menschen gibt.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlichst beim Behindertenverband Jüterbog, bei Herrn Michael Wiedenburg vom Sozialverband Berlin-Brandenburg, bei allen Helfern für diesen schönen, aber auch zum Nachdenken anregenden Tag bedanken. Er fand mit einer Dampferfahrt an vielen Sehenswürdigkeiten von Berlin vorbei und einer Kaffeetafel im Haus des Sozialverbandes Deutschland ein schönes Ende.

Helmut Scheibe, Niedergörsdorf



Wir trauern

Unser Genosse
Erich Drengner

hat uns
für immer verlassen.

Wir werden sein Andenken
in Ehren halten.

DIE LINKE. DIE LINKE.
Regionalverband TF Süd Kreisverband
Teltow-Fläming

Für mich hatte der 8. Mai 2013 noch ein besonderes „Nachspiel“ – mit meiner Enkelin Angelique, Schülerin der 7. Klasse, die Russisch als zweite Fremdsprache lernt, fuhr ich ins Deutsch-Russische Museum nach Karlshorst. Das hatte sie sich schon länger gewünscht. Der erste Schritt hinein in die neu gestaltete Gedenkstätte führt in den Kapitulationssaal mit noch originaler Möblierung. Auf einem großen Monitor kann man sich die Dokumentaraufnahmen der Unterzeichnung der Kapitulation ansehen. Die weiteren Räume zeigen Fotos, Lageskizzen, Aufmarschpläne und vieles mehr vom Verlauf des Krieges gegen die Sowjetunion. Sie benennen klar den Aggressor Deutschland, der ohne Kriegserklärung und trotz Nichtangriffspaktes dieses furchtbare

Völkergemetzel vom Zaune bricht. Die Hölle des Krieges wird sichtbar in Bild und Ton, das Leid, die Zerstörungen, die Kraft der Roten Armee und des ganzen Landes auf dem Weg zum Sieg. Auf einem Computer fanden wir die sowjetischen Gedenkstätten in Baruth, Mahlow, Ludwigsfelde und auch Zossen. Auch für mich, die ich sowohl vor 1989 als auch danach hier war, gab es viel Neues. Nachdenklich verließen wir diesen Ort; viele Fragen musste ich beantworten. Sie zeigten mir Angeliques Interesse und die Anteilnahme, die sicher über diesen Besuch hinaus gehen werden. Jedenfalls hat sie sich bei mir für dieses Erlebnis bedankt und mir damit eine große Freude gemacht.

Christa Zernick, Am Mellensee

Termine

15.07.2013 18.00 Uhr

Auswertung Bundesparteitag mit Norbert Müller und Steffen Kühne, Kreishaus Luckenwalde anschließend Kreisvorstand

17.07.2013 10.00 Uhr

Auswertung Bundesparteitag Bürgerhaus Dahlewitz

27.07.2013 14.30 Uhr

Zuckertütenfest Kulturquartier Mönchenkloster Jüterbog

01.08.2013 17.30 Uhr

Regionalvorstand DIE LINKE TF Süd Geschäftsstelle Jüterbog

15.08.2013 15.00 Uhr

Grillnachmittag der Senioren Jüterboger Straße, Luckenwalde

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Gertrud Popp in Mahlow zum 83. Geburtstag am 14.07.
Helmut Günther in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 17.07.
Dr. Margot Raube in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 24.07.
Günter Zernick in Am Mellensee zum 76. Geburtstag 25.07.
Ilse Berno in Dahme/Mark zum 83. Geburtstag am 26.07.
Kurt Mühlsteph in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 31.07.
Fritz Heise in Mahlow zum 83. Geburtstag am 01.08.
Kurt Preibisch in Ludwigsfelde zum 89. Geburtstag am 04.08.
Ingrid Drechsel in Siethen zum 76. Geburtstag am 06.08.
Elfriede Neumann in Luckenwalde zum 86. Geburtstag 07.08.
Annemarie Kliemank in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 07.08.
Harald Luedecke in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 07.08.
Fritz Huschke in Nuthe-Urstromtal zum 92. Geburtstag am 08.08.
Helga Heilbrunn in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 10.08.
Inge Scholz in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 10.08.

Friedlinde Langklotz in Blankenfelde zum 75. Geburtstag am 16.07.

Peter Pioch in Luckenwalde zum 70. Geburtstag am 21.07.

Dietrich Bicher in Dahlewitz zum 60. Geburtstag am 04.08.

Annerose Gerecke in Trebbin zum 70. Geburtstag am 06.08.

Gertrud Busse in Rangsdorf zum 100. Geburtstag am 08.08.

Zuckertütenfest

Bereits zum zehnten Mal veranstaltet DIE LINKE.Regionalverband Teltow-Fläming Süd am Samstag, 27. Juli 2012, 14.30 – 18.00 Uhr, im Kindergarten Kulturquartier Mönchenkloster Jüterbog, ein Zuckertütenfest.

Das erste 1990 hatte das Ziel, den Charakter der PDS als soziale Partei öffentlich zu machen. 1995 konnten wir mit Hilfe unserer Vertreterin in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages wiederum zeigen, dass unsere Partei dem Sozialprinzip ein

Gesicht und eine Stimme gibt.

2006 fand das Fest erstmals als kreisliche Veranstaltung im Rahmen des Bürgermeisterwahlkampfes statt und sollte vor allem Kindern aus sozial schwachen Familien ein Zeichen setzen, was auch gelang. 2007 wurde im Rahmen der 1.000-Jahrfeier der Stadt Jüterbog die Gemeinsamkeit vieler an der Bildung und Erziehung von Kindern Beteiligten verdeutlicht.

2008 griffen wir das Thema Kreativität beim spielerischen Lernen auf.

Das Fest im Jahr 2009 hat die Gemeinschaft der Vereine und Verbände in der südlichen Region verdeutlicht und vorgestellt und 2010 stand es im Zeichen der Solidarität in der Familie, in der Schule, in der Freizeit und mit den Kindern in aller Welt und 2011 stand es unter dem Motto: „Kinder an die Macht – die Rechte der Kinder“ und 2012 ging es neben Spaß und Spiel um die Arbeitswelt. Der Malwettbewerb stand deshalb unter der Thematik: „Berufswunsch“.

Das Zehnte soll etwas Besonderes werden. Der Zauberer Simon O. Sullivan wird die Besucherinnen und Besucher verzaubern!

Maritta Böttcher,
Jüterbog

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 12. Juni 2013, der nächsten Ausgabe: 10. Juli 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

DIE LINKE.